

Antrag Nr. 9

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 179. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2023



Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Gute Ausbildungen sichern die Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich

Unser Gesundheitssystem steht vor enormen Herausforderungen. Die Aufgaben bei der Versorgung werden mit zunehmender Alterung, dem Anstieg chronischer Erkrankungen und den geänderten Bedürfnissen der Menschen sowie dem verstärkten Einsatz von Medizintechnik immer aufwendiger und komplexer. Zur nachhaltigen Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung für alle müssen die Synergien in diesem multidimensionalen System besser genutzt werden.

Die Investition in gute Ausbildungen ist dabei der wichtigste Faktor, denn zahlreiche Studien¹ belegen, höhere Qualifikationen verbessern die Versorgung im Hinblick auf Patient:innensicherheit, Komplikationsraten, Krisenresilienz und negative Folgekosten. Zudem ist erwiesen², dass gut ausgebildete Beschäftigte die hohen Belastungen im Gesundheits- und Sozialsystem besser bewältigen und somit langfristig im Beruf gehalten werden können. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, Anreize für akademische Ausbildungen für Gesundheits- und Pflegeberufe zu schaffen. Je besser die Ausbildung von Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich, desto besser ist die Versorgung der Bevölkerung. Aufgrund der Demografie wird das Gesundheits- und Sozialwesen in Zukunft weniger Kolleg:innen zur Verfügung haben. Die Zielsteuerung Gesundheit räumt deshalb der Erhaltung von Gesundheit einen hohen Stellenwert ein. Im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention muss auf eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe gesetzt werden. Damit das gelingt, werden entsprechend qualifizierte Berufsangehörige benötigt, die den berufsrechtlichen Bestimmungen zufolge im Hochschulsektor ausgebildet werden müssen.

Das vor kurzem eingeführte Pflegestipendium sieht eine Förderung von monatlich 1.400 € für Ausbildungen auf Sekundarebene vor, was aber angesichts der massiven Teuerung zu wenig ist. Jene, die eine Ausbildung auf Fachhochschulen absolvieren, bekommen das Pflegestipendium gar nicht. Aber gerade diese Personen werden dringend gebraucht, um eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Der Pflegeausbildungsbonus von monatlich 600 € wird zwar auch für Ausbildungen auf Fachhochschulniveau gewährt, ist aber noch weniger, um den Lebensunterhalt während der Ausbildung sicherzustellen.

Ausbildung und Studium in Gesundheitsberufen sind durch einen hohen Praxisanteil gekennzeichnet. Insbesondere Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Dienste, der Gesundheits- und Krankenpflege und der Hebammen absolvieren rund 50 % der Fachhochschul-Ausbildung in Gesundheits- und Langzeitpflegeeinrichtungen. Vor der Akademisierung dieser Berufe wurde die Ausbildung auf Versicherungszeiten angerechnet. Obwohl sich der Zeitrahmen für die praktische Ausbildung nicht geändert hat, findet jetzt keine sozialversicherungsrechtliche Absicherung mehr statt. Das ist eine Verschlechterung für all jene, die eine Ausbildung auf einer Fachhochschule machen und trägt nicht zur dringend notwendigen Attraktivierung des Berufes bei.

¹ vgl Aiken et al, 2014 und 2016; Kane et al.; 2007; Tubbs-Cooley et al, 2013; Bomball et al, 2011

² vgl Buchegger-Traxler, 2014



Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Auch für die berufliche Weiterqualifizierung fehlen berufsrechtliche Regelungen für eine einheitliche Anrechnung von facheinschlägigen Berufsqualifikationen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Vorkenntnisse bzw gleichwertige Ausbildungen in einem verkürzten Studium möglich und nicht von der jeweiligen Studiengangsleitung abhängig sind. Das schließt auch vermehrt Studienangebote ein, die berufsbegleitend machbar sind.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- **Existenzsicherung, die sich am tatsächlichen Lebensbedarf orientiert, für alle Auszubildenden von Gesundheits- und Sozialberufen, insbesondere auch auf Fachhochschulniveau. Die Finanzierung ist durch Einrichtung eines gemeinsamen Fonds mit entsprechender Dotierung sowie Zugang ohne Altersbegrenzung sicherzustellen.**
- **Sicherstellung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung während des gesamten Studiums.**
- **Förderung von Berufskarrieren durch transparente und einheitliche Anrechenbarkeit von berufseinschlägigen Ausbildungen mit verkürztem Studium und Erhöhung des Angebots an berufsbegleitenden Ausbildungsmöglichkeiten**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich



Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien